

**Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), *Kriegführung und Hunger 1939–1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 30)*, Wallstein Verlag, Göttingen 2015, 294 S., kart., 20,00 €, auch als E-Book erhältlich.**

Der Schwerpunkt der Beiträge dieses Sammelbands liegt in der Untersuchung der Instrumentalisierung von Hunger als Waffe und der Zusammenhänge zwischen dem Konzept der „Kriegsnotwendigkeit“ und extremer Massengewalt. Manfred Messerschmidt hat schon vor mehr als 30 Jahren auf die Bedeutung dieses Konzepts hingewiesen, das im preußisch-deutschen Militär seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zur Infragestellung kriegsvölkerrechtlicher Bindungen und schließlich zu den Verbrechen der Wehrmacht führte.

Massengewalt richtete sich, wie Philipp Rauh zeigt, nicht nur gegen Soldaten und Zivilbevölkerung von Feindstaaten. Der Mord an Psychiatriepatienten wurde nach Kriegsbeginn mit dem Argument der Kriegsnotwendigkeit auch mit dem Mittel des Hungers durchgeführt. Die Debatte um die Euthanasie begann schon im Ersten Weltkrieg, rassehygienische und ernährungswirtschaftliche Erwägungen verstärkten sich dabei gegenseitig. Mit Kriegsbeginn wurden die Bemühungen verstärkt, durch die Dezimierung der „nutzlosen Esser“ Lebensmittel einzusparen und Lazarettbetten zu erhalten. Von der Ermordung der ersten 2.000 Psychiatriepatienten in Pommern durch SS-Kommandos führte bekanntlich eine direkte Verbindungslinie zum Völkermord an den Juden, da das Vernichtungslager Chelmno von den Euthanasieexperten der SS betrieben wurde.

Der Beitrag von Rolf Keller macht überdeutlich, welche furchtbaren Auswirkungen die grundlegenden ernährungspolitischen Entscheidungen vom Frühjahr 1941 für die sowjetischen Kriegsgefangenen hatten. Eine Vereinbarung zwischen General Hermann Reinecke, dem das Kriegsgefangenenwesen unterstand, und dem Reichsernährungsministerium gestand ihnen „höchstens 50 Prozent der üblichen deutschen Ernährungssätze“ zu (S. 136). Schon die Gefangenen der ersten Schlachten kamen völlig entkräftet im Reichsgebiet an. Gefangene, die seit August 1941 in Niedersachsen bei Meliorationen eingesetzt waren, schafften nach einem Bericht trotz vorschriftswidriger Verpflegungszulagen, „trotz zweifelsfrei vorhandener großer Arbeitsbereitschaft“ und obwohl die Wachmannschaften „in reichem Maße von der Prügelstrafe Gebrauch machten“ weniger als ein Viertel der Leistung der „polnischen und französischen Verbrechergefangenen“ (S. 133f.). Keller macht deutlich, dass die Ursachen des späteren Massensterbens im Frühjahr 1941 geschaffen worden waren und dass alle Versuche, die Ursachen in wetterbedingten Logistikproblemen festzumachen, unsinnig sind.

Christoph Dieckmann betont in seinem Artikel völlig zu Recht, dass Wehrmacht- und Heeresführung das von Staatssekretär Herbert Backe geplante Verhungernlassen großer Teile der sowjetischen Bevölkerung schon in der Planung mittrugen. Die mitleidlose Ausbeutung der Nahrungsressourcen auf Kosten von Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung sollte Nahrungs- und Transportprobleme lösen, die die übersteigerten Ziele des „Unternehmens Barbarossa“ infrage stellten. Schon Ende Juli 1941 erzwang das unerwartete Stocken des Angriffs – dessen Bedeutung David Stahel in einem weiteren Beitrag analysiert – den Übergang zu einer selektiven Hungerpolitik. Die militärische Führung erkannte, dass man die Mitarbeit eines Teils der Bevölkerung brauchte und dass man Hungerrevolten in den rückwärtigen Gebieten verhindern musste. Umso stärker wurde die Hungerpolitik gegenüber den Gruppen forciert, die völlig unter deutscher Kontrolle standen: sowjetische Kriegsgefangene und Juden. Hinzuzufügen wäre allerdings, dass das Hungern der sowjetischen Gefangenen, anders als Dieckmann meint (S. 98), ohnehin durch die grundlegenden Befehle im Heeresbereich, die „nur die notwendigste Verpflegung“ vorsahen, gewiss war. Deutlicher ist die Radikalisierung bei der Behandlung der Juden. Ernährungspolitische Faktoren waren, so Dieckmann, bei den Entscheidungen, „zu welchem Zeitpunkt und in welchen Regionen die jüdischen Gemeinden ermordet wurden, von großer Bedeutung“ (S.

117). Er nennt weitere überzeugende Beispiele für die selektive Hungerpolitik. Unter anderem wurden im Bereich der Heeresgruppe Nord bis September 1942 80.000 Menschen ohne Nahrung in Sumpfgebiete deportiert (S. 112).

In diesen Zusammenhang gehören auch Entscheidungen, die bei den Rückzügen der Heeresgruppen Nord und Mitte zwischen Herbst 1943 und Frühjahr 1944 getroffen wurden, als Hunderttausende von Zivilisten deportiert und hinter der Front Wüstenzonen geschaffen wurden. Nicholas Terry analysiert in seinem Beitrag die Abschiebung von Frauen, Kindern, Alten und Kranken ohne Versorgung in Waldgebiete an der Front – 45.000 bei Osaritschi, 5.000 bei Witebsk. Entscheidend war, dass sie für den Arbeitseinsatz nutzlos waren, also als „unnütze Esser“ galten. In den entsprechenden Befehlen fehlten typisch nationalsozialistische Floskeln, wie Terry feststellt – die Entscheidungen wurden aus der Doktrin der militärischen Notwendigkeit begründet.

Hinzuzufügen wäre, dass sich hier die Kontinuität dieses Denkens aus dem kaiserlichen Heer ganz konkret zeigen lässt. Generaloberst Gotthard Heinrici, der Oberbefehlshaber der 4. Armee, die an diesen Maßnahmen beteiligt war, hatte schon im Ersten Weltkrieg als Nachschuboffizier einer Division in Rumänien Frauen und Kinder abschieben lassen und die Männer zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die dadurch gewonnenen Lebensmittel seien, notierte er in seinem Tagebuch, „wertvoller, als wenn einige Frauen und Kinder der Rumänen verkommen“<sup>1</sup>.

Babette Quinkert analysiert die Entwicklung der deutschen Propaganda angesichts des unerwarteten Kriegsverlaufs. Ursprünglich wollte man die sowjetischen Soldaten während der Kämpfe mit antikommunistischen und antisemitischen Parolen gewinnen, nach dem Sieg sollte aber die Hungerpolitik mit antirussischer Stoßrichtung verteidigt werden. Als der schnelle Sieg ausblieb, passte, so Quinkert, die NS-Führung die Propaganda „flexibel an den krisenhaften Kriegsverlauf“ (S. 184) an und versuchte mit dem Versprechen von Landzuteilung die Landbevölkerung zur Mitarbeit und zum Kampf gegen die Partisanen zu gewinnen.

Shannon Fogg untersucht, wie sich in der Region Limousin im besetzten Frankreich die Überlebenschancen für „Unerwünschte“ – Juden, Roma und politische Gegner – entwickelten. Sie stellt fest, dass die Verschärfung des antisemitischen Kurses der Vichy-Regierung selbst bei Sympathisanten des Regimes wenig Anklang fand und dass sich – anders als gemeinhin angenommen – trotz des durch die deutsche Ausbeutungspolitik verursachten Nahrungsmangels die Situation der „Unerwünschten“ nicht wesentlich verschlechterte.

In einem weiteren Artikel versucht Christian Kretschmer die Verantwortung für den sogenannten „Kugel-Erlass“ zu klären, nach dem seit dem Winter 1943/44 nach Flucht ergriffene kriegsgefangene Offiziere und Unteroffiziere – außer englischen und amerikanischen – zur Ermordung ins KZ Mauthausen gebracht wurden. Seine These, der Befehl sei „im Dreieck Hitler-Himmler-[Gestapo-]Müller“ (S. 253) entstanden und von General Friedrich von Gaevenitz ohne Kenntnis von Feldmarschall Wilhelm Keitel und General Reinecke unterschrieben worden, überzeugt nicht. Kretschmer folgt den Aussagen Keitels und Reineckes, sie hätten den Befehl nicht gekannt. Das ist unglaubwürdig, da beide nachweislich in vielen Fällen logen. Reinecke hatte zudem schon im November 1941 einen Befehl unterschrieben, nach dem *alle* nach Flucht gefassten sowjetischen Kriegsgefangenen grundsätzlich an die Gestapo zu übergeben waren (NürnbG. Dok. 569-D), was Exekution bedeutete.

Der Band zeigt, dass die von den Herausgebern formulierte Fragestellung wesentliche Erkenntnisse dazu bringen kann, weswegen die nationalsozialistische Vernichtungspolitik auch von Teilen der konservativen Eliten mitgetragen wurde, die sich nicht als Nationalsozialisten verstanden – oder, anders ausgedrückt: die Artikel weisen darauf hin, dass das, was wir heute zunächst als nationalsozialistische Gewaltpolitik verstehen, zu einem guten Teil eine Fortsetzung älterer deutscher Gewaltpolitik war.

*Christian Streit, Heidelberg*

---

<sup>1</sup> Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006, S. 84f.

**Zitierempfehlung:**

Christian Streit: Rezension von: Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), Kriegführung und Hunger 1939-1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 30), Wallstein Verlag, Göttingen 2015, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81725>> [29.4.2016].